

Erste konkrete Folgen der Fichen-Affäre

Fichen Die betroffenen Parlamentarier und der Grossratspräsident kritisieren Berichte in türkischen Medien

Die fichierten türkischstämmigen Grossräte ärgern sich über die einseitige Berichterstattung in türkischen Medien und fragen sich: Was geschieht bei der nächsten Türkei-Reise?

DAVID WEBER

Drei Wochen hat es gedauert, bis die Fichierung von sechs Mitgliedern des Grossen Rates türkischer Herkunft auch in türkischen Medien zum Thema wurde. Am Wochenende berichtete beispielsweise die Zeitung «Hürriyet», dass die Staatsanwaltschaft eine Untersuchung gegen die sechs Parlamentarier eingeleitet sowie deren Immunität aufgehoben habe, wie SP-Grossrat Mustafa Atici einen Bericht von «.ch» bestätigte. Dies stimme nachweislich nicht. Er sei schockiert, wie einseitig und falsch über sie berichtet worden sei, sagt Atici. In «Hürriyet» werde die Fichierung der Grossräte als Rückschlag für die PKK (Arbeiterpartei Kurdistans) gewertet. «Von den türkischen Medien», kritisiert auch Grossrätin Sibel Arslan (Bündnis), «hat uns niemand kontaktiert.»

Nach Informationen der bz beruhen die Presseberichte auf einer Meldung der türkischen Nachrichten-Agentur «Anadolu Ajansi». Diese schrieb letzte Woche, dass die Bundespolizei sechs Politiker streng überwache, weil diese verdächtigt würden, die Terror-Organisation PKK zu unter-

stützen. Diese Meldung wurde von verschiedenen Medien aufgegriffen.

Dass Basler Parlamentsmitglieder in türkischen Medien in die Nähe der PKK gerückt werden, findet Grossratspräsident Roland Stark (SP) «un-

«Das Handeln des Staatsschutzes ist verantwortungslos.»

MUSTAFA ATICI, SP-GROSSRAT

glaublich». Das sei die Folge von solchen leichtsinnigen Aktionen des Staatsschutzes, ärgert sich Stark. Diese fragwürdige Berichterstattung sei für die Betroffenen und deren Angehörige gefährlich. Das politische Gespür für die Folgen seiner Fichierungs-Aktion gehe dem Staatsschutz gänzlich ab, kritisiert Stark. Der Dienst für Analyse und Prävention hatte 2004 Akten über sechs frisch gewählte Grossräte türkischer Herkunft angelegt, nachdem deren Wahl auch in einer der PKK nahe stehenden Zeitung Thema war.

Bis jetzt, erklärt Atici, sei zwar in den türkischen Medien nur von sechs Abgeordneten die Rede, ohne Namen und Fotos. Aber für ihn sei es nur eine Frage der Zeit, bis auch diese publiziert würden. «Das Handeln des Staatsschutzes sei verantwortungslos.» Die Unsicherheit, ob er bei seiner nächsten Reise in die Türkei Probleme bekommt, belastet ihn. «Es ist ein biss-

chen wie in der Lotterie.» Atici fragt sich, warum die Fichen-Affäre erst nach drei Wochen den Weg in die türkischen Medien gefunden hat. Vielleicht hätten die Medien eine günstige Gelegenheit abgewartet. Diese sei mit der Entführung dreier Deutscher Bergsteiger in der Osttürkei von letzter Woche gekommen. Die PKK hat allerdings am Montag eine direkte Verantwortung für die Entführung verneint.

Türkei-Spezialist Hans-Lukas Kieser wertet die Berichte in türkischen Medien als politischen Schachzug, der insbesondere die nationalistisch gesinnte Leserschaft bedienen soll. Diese sei zurzeit durch einen Prozess gegen Ex-Generäle verunsichert. Das Bild der «bösen Kurden im Ausland» solle geschürt werden. Kieser lehrt als Privatdozent osmanische und nachosmanische Geschichte an der Universität Zürich und präsidiert die Stiftung Forschungsstelle Schweiz-Türkei in Basel.

Der Historiker sieht aufgrund der jetzigen Informationslage keine Gefahr für die Basler Parlamentarier, falls diese in die Türkei reisen. «Allerdings ist nichts über den Inhalt der Fichen bekannt», gibt Kieser zu bedenken. Der türkische Staat habe nichts Substantielles in der Hand, solange die Basler Parlamentarier nicht Mitglieder der PKK seien. «Die Türkei würde sich enorm exponieren, wenn sie ausländische Parlamentarier verhaften würde»,

sagt Kieser. Das sei eine Frage der Interessenabwägung.

Grossratspräsident Roland Stark hat beim Eidgenössischen Datenschutzbeauftragten Hanspeter Thür Auskunft über den Inhalt der Daten verlangt. Die Antwort auf diese Pauschalanfrage sei «sehr dürftig und bürokratisch ausgefallen», sagte Stark der bz. In einem Formbrief sei darauf hingewiesen worden, dass nur Einzelanfragen möglich seien. «Zudem lagen ein paar Broschüren und Gesetzes-sammlungen bei», ärgert sich Stark, der sich vom Datenschutzbeauftragten mehr politisches Gespür erhofft hätte. Vom Dienst für Analyse und Prävention war gestern niemand für eine Stellungnahme zu erreichen.

Die sechs betroffenen Grossratsmitglieder haben ein Gesuch um Ak-

Grossratspräsident Roland Stark habe bis jetzt erst eine dürftige und bürokratische Antwort erhalten.

teneinsicht gestellt. Ob dieses bewilligt wird, erfahren die Gesuchsteller nach 30 Tagen. «Aufgrund der Auswirkungen, welche die Fichierung für uns hat, ist es unverständlich, dass man sich 30 Tage Zeit lasse. Die Anträge müssten dringlich behandelt werden.